

Erklärung zu dem in den Medien erhobenen Rechtsextremismus-Vorwurf

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte auf diesem Weg Stellung zu den in den Medien verbreiteten Berichten nehmen, die insinuieren, ich sei ein Rechtsextremist. Ausgangspunkt der Debatte ist die Publikation meines neuen Buches „Deutschlands unsichere Grenze. Plädoyer für einen neuen Schutzwall“. Die Vorwürfe sind durchweg haltlos und im Duktus und der Form der Verbreitung eine Unverschämtheit. Ich darf sie an dieser Stelle kurz logisch und inhaltlich widerlegen. Dabei wird nicht der Anspruch erhoben, breiter im Kontext der wissenschaftlichen Erforschung des Gegenstandes auszuführen.

Ich unterrichte Studenten seit dem Jahr 1998. Somit hätte eine rechtsextreme Gesinnung bei einem Menschen, der sehr viel unterrichtet, zahlreiche Vorträge gehalten und reichlich publiziert hat, in zwei Jahrzehnten auffallen müssen. Dem war definitiv nicht so. Offensichtlich wird daher vermutet, dass ich zu Schulzeiten beschlossen habe, zur akademischen Schläferzelle zu mutieren, um irgendwann in das Umfeld des Bundesnachrichtendienstes (BND) zu gelangen und dort Studenten zu indoktrinieren. Der Aufwand erscheint mir dann doch ein wenig hoch für ein solches Projekt. Warum sollte ich zudem ein Buch schreiben, das in sehr aufwendiger Weise die Grenzanlagen dieser Welt auswertet und dann in wenigen Zeilen eigentlich eine rechtsextreme Agenda verfolgen möchte? Auch hier erschließen sich mir logisch Aufwand und Nutzen nicht.

Inhaltlich ist der Vorwurf noch schlechter zu halten. Schauen wir uns die typischen Merkmale eines Rechtsextremisten an:

(1) Dieser ist auf jeden Fall ein Antisemit. Ich sage dagegen seit Jahren, dass das Judentum zusammen mit dem Christentum Teil der deutschen Leitkultur ist. Der Holocaust ist für mich der größte Schandfleck der deutschen Geschichte, der nicht zu relativieren ist. Im vergangenen Jahr bin ich nach Israel gereist und habe dort Freunde besucht. Ist es realistisch zu glauben, dass Juden, die einen großen Teil ihrer Verwandtschaft im Holocaust verloren haben, einem Rechtsextremisten die Tür öffnen? Im Abschnitt zu den Sperrzäunen Israels zeige ich zudem deutlich Verständnis für die Haltung der dortigen Regierung. Die Anlagen sind ein

wichtiges Element zum Schutz des Landes. Im Unterricht behandle ich ebenfalls Israel, mehrere Diplomarbeiten sind zum Thema entstanden. Ein Rechtsextremist ist dagegen an der Zerstörung Israels interessiert.

(2) Auch hasst er das Fremde und ist ein Ausländerfeind. Ich bin dagegen am Fremden interessiert, sonst wäre ich kaum Professor für Internationale Politik geworden. Etwa 20 Staaten habe ich in den vergangenen Jahren bereist und sehr viel von fremden Kulturen gelernt. Von vielen Dingen könnten wir lernen, so z.B. von den sehr rücksichtsvollen Umgangsformen der Japaner und Taiwaner. Auch in Deutschland habe ich umfassend Kontakt zu Migranten. Ich empfinde eine multikulturelle Gesellschaft als Bereicherung. Erst wenn diese zu schnell und zu umfassend wächst, wird sie zur Belastung für die Gesellschaft. Beide Aussagen stehen für mich nicht im Widerspruch zueinander.

(3) Ich denke sehr historisch. Und aus dieser Sicht ist das Grundgesetz ein Schatz, den die Deutschen 1949 gehoben haben und den sie mit allen Mitteln verteidigen müssen. Natürlich sind Demokratien im Entscheidungsprozess schwerfällig. Auch wird mit den Ergebnissen einer Wahl zwangsläufig nicht jeder zufrieden sein. Es gibt für die Organisation des friedlichen Zusammenlebens einer Gesellschaft aber kein besseres politisches System. Auch plädiere ich dafür, dass Demokraten politischen Unmut und Kritik am Rechtsstaat kausal entkoppeln sollten: Wenn Personen in Ämtern Fehler machen, liegt das nicht per se am politischen System. Ich erzähle meinen Studenten dazu gerne vom bekannten Bonmot Winston Churchills: „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Ein Rechtsextremist möchte dagegen das Grundgesetz abschaffen und eine neue Diktatur errichten.

Die Vorverdächtigen haben zudem den Aufbau des Buches und ein grundlegendes wissenschaftliches Prinzip nicht verstanden. Kapitel V ist im Stil eines Planspiels gehalten, in dem ich als Demokrat sehr viele Positionierungen für möglich halte, dann aber begründet darlege, welchen Weg ich als sinnvoll erachte. Dies ist eine legitime Form, die Implikationen von Forschungsergebnissen einzuordnen. Sie werden dann im Idealfall dadurch verbessert, dass sie Kritik erhalten. Überzeugen sie den Autor, kann er seine Aussagen korrigieren und dadurch optimieren. Er lernt schlicht dazu. Der Erkenntnisgewinn erfolgt im Sinne Karl Poppers durch Falsifizierung und Schlussfolgerung daraus. Sollten also bestimmte Behauptungen im Buch tatsächlich nicht mit der Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes vereinbar sein (was ich mir kaum vorstellen kann), dann würde ich meine Einschätzung natürlich korrigieren. Jenseits dessen können aber natürlich sowohl die Verfassung als auch Gesetze geändert werden. Und sollte mir jemand sagen, wie man eine postmoderne Grenzanlage noch besser gestalten kann, bin ich für jeden Hinweis dankbar. Da es bislang zu diesem Thema keine umfassende Publi-

kation gibt, schreibe ich in Kapitel I: „Das vorliegende Buch betritt Neuland. Deshalb sollen die folgenden Seiten auch nicht mehr beanspruchen, als einige Denkanstöße für eine neue Politik im Bereich der Grenzsicherung zu liefern.“ Um mehr geht es mir nicht – und mehr war auch nicht zu leisten.

Bundestagsabgeordnete haben zu Protokoll gegeben, dass es problematisch sei, wenn ein Mann mit einer rechtsextremen Gesinnung Studenten ausbilde. Das sehe ich auch so. Aber es trifft im vorliegenden Fall natürlich nicht zu. Die Abgeordneten gehen vermutlich davon aus, dass an der Hochschule des Bundes (HSB) für öffentliche Verwaltung Studenten akzeptiert werden, die leicht beeinflussbar sind. Das Gegenteil ist der Fall. Ein Beispiel: Ich habe meine Studenten jüngst gebeten, die Berichterstattung zur Lage in Chemnitz aus einer methodischen Sicht zu bewerten – zunächst ohne meine Einschätzung. Das, was ich dort in einer sehr munteren Debatte dann hören durfte, war vorzüglich: ruhig vorgetragen, abwägend, verschiedene Sichtweisen bedenkend – und erst dann kommt das sehr eigenständig gewonnene Urteil. Zudem stehen alle Studenten, die ich derzeit in mehreren Kursen betreue, treu zur Verfassung. Sie werden den BND mit Sicherheit bereichern, wenn sie das Studium erfolgreich bestehen.

Die Berichterstattung zum Thema „Rechtsextremismus-Verdacht“ ist mehr als dürftig: Kontraste und T-Online setzten nicht nur Gerüchte in die Welt, sondern sie erfinden auch noch ganz nonchalant Vorwürfe, die gar nicht im Text stehen. Demnach fordere ich „Internierungslager“. Das Wort wird bewusst als Zitat markiert. Richtig ist: Der Terminus taucht nicht ein einziges Mal im Text auf. Auch inhaltlich macht es keinen Sinn: Interniert werden politische Gegner eines autokratischen Staates – aber nicht Asylsuchende! Zudem hieß es, dass ich wisse, mein Vorschlag sei nicht verfassungskonform. Das steht so ebenfalls nicht im Buch – und zum Teil wurde es in der Online-Berichterstattung mittlerweile relativiert. Der nächste Vorwurf: Ich bin nun auch noch de facto Sprecher der AfD, weil Alice Weidel sich dem Vorschlag angeschlossen hat. Zu klären wäre jedoch, wie Autoren verhindern sollen, dass Politiker Bücher in die Kamera halten. Meine Position ist hier sehr klar: Ich freue mich über jeden Bundestagsabgeordneten, der das Projekt unterstützt – ganz gleich, welcher Partei er angehört.

Peinlich wird es nun an jener Stelle, an der erkennbar wird, dass viele Journalisten nicht recherchiert haben, sondern ungeprüft Falschmeldungen übernehmen. Das Wort „Internierungslager“ haben u.a. die folgenden Medien ungeprüft übernommen: ZDF.de, Welt.de, Merkur.de, Kurier.at, Deutschlandfunk.de, Zeit Online, Morgenpost.de usw. Natürlich wurden die Vorwürfe auch in meinen Wikipedia-Eintrag eingebaut. So etwas nennt man die Verbreitung von Fake News. Wundert es angesichts dieser und anderer Beispiele, die das Ergebnis einer emotionalen Berichterstattung sind, dass einzelne Bürger an die „Lügenpresse“ glauben? Ich halte von diesem Begriff nichts, weil er viel zu pauschal ist. Aber in der derzeitigen Stimmungslage sollten Journalisten dann doch ihrer Verantwortung gerecht werden und wirklich

vorab prüfen, was sie zu Papier bringen. Die von Intellektuellen so gescholtene Bild-Zeitung hat meinen Vorschlag sehr sachlich aufbereitet, was – erstaunt! – auch mehrere Kollegen mir gegenüber so geäußert haben. Die unter vielen Intellektuellen höchstes Ansehen genießende „Zeit“ verbreitet dagegen ungeniert Fake News.

Die Stoßrichtung der digitalen Hetzjagd ist nur zu offensichtlich: „BND-Ausbilder unter Rechtsextremismus-Verdacht“. Ein kritisches Vokabelpaket, das den BND unter Druck setzen soll: „Wenn er jetzt das Buch nicht für rechtsextrem hält, ist der Auslandsnachrichtendienst selbst rechtsextrem.“ Das ist geschickt inszeniert, aber sehr perfide. Um Vertreter des Bundeskanzleramts und des BND in maximale Erregung zu versetzen, wollen einzelne Journalisten zusätzlich den Eindruck erwecken, beide Akteure würden versuchen, über mich verdeckt eine Botschaft zu transportieren. Die Phantasie kennt hier keine Grenzen. Ich darf feststellen: Ich gebe immer nur meine persönliche Meinung wieder, wenn ich einen Einzelbeitrag publiziere. Weder dem BND noch dem Bundeskanzleramt war der Inhalt meines Buches vor der Publikation bekannt.

Die Wurzeln der Empörung sind struktureller Natur. Einerseits lässt sich auf der Internetseite der HSB sehr leicht recherchieren, wessen Studenten ich ausbilde (https://www.hsbund.de/DE/01_Hochschule/25_Fachbereiche/08_Nachrichtendienste/nachrichtendienstenode.html). Die Lehre dominiert das Tagesgeschäft. Andererseits wird dennoch die Forschung als wichtiges Aufgabenfeld einer Hochschule betont. Was soll nun ein Politikwissenschaftler machen, der sich im Themenfeld „Internationale Politik“ auch mit der Schnittstelle zwischen deutscher Innen- und Außenpolitik befasst – und der dabei zwangsläufig öffentlich zugängliche Berichte über Handlungen der Bundesregierung auswertet? Im Sinne der Wissenschaftsfreiheit muss er eigenständig urteilen, er ist nicht der Pressesprecher der Bundesregierung.

Angesichts dieser Lage freue ich mich natürlich über die überwiegend sehr positiven Rückmeldungen aus der Bevölkerung, die bis hin zum Angebot eines kostenlosen Rechtsbeistandes gehen. Auch habe ich mich über die Reaktionen meines persönlichen und beruflichen Umfeldes, zu dem viele Beamte und Spitzenbeamte gehören, gefreut, die sich angesichts der Vorwürfe entweder entsetzt gezeigt haben oder laut lachen mussten. Ihnen allen sei an dieser Stelle von Herzen gedankt!

Kommende Woche wird am Montag ein Bericht in Bild-TV (10.09.2018) erscheinen, am Freitag ein ausführliches Interview in der Jungen Freiheit (14.09.2018). Natürlich wird es dann die nächste Erregungsschleife geben. Ich darf meine Entscheidung offenlegen: Das Interview habe ich vergangene Woche zugesagt, und ich halte mein Wort. Die Zeitung ist nicht rechtsextrem, sonst wäre sie verboten. Und sie hätte in den vergangenen Jahren sicherlich kein Interview von den folgenden Personen erhalten: Peter Altmaier, Prof. Dr. Werner Patzelt, Prof. Dr. Heinrich Oberreuter, Prof. Dr. Peter Scholl-Latour, Charlotte Knobloch, Prof. Dr. Egon Bahr usw. (Liste der Interviewpartner: <https://jungefreiheit.de/informationen/interview>

partner/). Der für mich zuständige Redakteur, Herr Moritz Schwarz, geht absolut professionell vor – und er fragt, wie es sich für einen guten Journalisten gehört, kritisch nach. Warum hätte ich unter diesen Bedingungen die Interviewanfrage ablehnen sollen?

Viele Mitbürger zeigen sich mir gegenüber äußerst verärgert über die erfolgten Vorverurteilungen. Ich kann das sehr gut verstehen. Wir dürfen als Demokraten nur nicht das machen, was – wie der Politikwissenschaftler es nennt – auf einen Spill-Over-Effekt hinausläuft. Wenn Regierungen oder Bürokratien Fehler machen, darf dies nicht zu einer Ablehnung des Rechtsstaats und seiner Institutionen an und für sich führen. Zweifel sollten sich auf das Verhalten von Menschen in Ämtern konzentrieren – und nicht auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Ich bin Demokrat, weil ich mich über die Möglichkeit freue, eine Regierung abwählen zu können, was so in einem autokratischen System nicht möglich ist. Dazu gehört die Bereitschaft zur Akzeptanz von Wahlergebnissen. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist 2017 wiedergewählt worden. Das kann man kritisieren, es ist aber auf jeden Fall zu akzeptieren. Dies bedeutet auch anzuerkennen, dass eine Mehrheit der Wahlberechtigten mit dieser Entscheidung den Kurs Merkels in der Flüchtlings- und Migrationspolitik akzeptiert hat. Wer das Votum des Souveräns ändern will, darf die Regierungschefin unter Wahrung der Umgangsformen kritisieren und für seine eigene Position werben. Etikettierungen wie die „Kanzlerdiktatorin“ oder die Rufe „Merkel muss weg“ zeugen nicht gerade von demokratischer Reife.

So bleibt mein Glaube an die Selbstheilungskräfte der Demokratie ungebrochen. Ich werde immer ein großer Unterstützer der Demokratie und eines starken Staates sein, der sie schützt. Was mir wirklich große Sorgen bereitet, das sind die Polarisierung der deutschen Gesellschaft, die abnehmende Fähigkeit zum Kompromiss, das damit perspektivisch verbundene Problem der Regierungsbildung und natürlich die Frage, was aus dem inneren Frieden im Zeichen des ungebremsten Zuzugs von Flüchtlingen und Migranten wird, die zu integrieren im derzeitigen Tempo unmöglich ist. Über diese Probleme müssen wir offen und ruhig sprechen – bei einer maximalen Toleranz abweichender Positionen, soweit sie vom Grundgesetz erlaubt werden. Unsere Verfassung ist das Ergebnis der Überwindung autoritärer und diktatorischer deutscher Regime. Sie sollte nicht missbraucht werden, um neue, viel subtilere Formen der Einschränkung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Wagener